

Hannover, im Februar 2009

## **An die niedersächsischen Schulen**

### **Tarif- und Besoldungsrunde 2009**

#### **Aufruf der GEW zum Warnstreik an den Schulen am 10. Februar 2009**

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

die GEW Niedersachsen ruft am 10. Februar 2009 alle Tarifbeschäftigten der niedersächsischen Schulen zu einem ganztägigen Warnstreik auf.

Angestellte Lehrerinnen und Lehrer, sozialpädagogische Fachkräfte, aber auch Schulpasistentinnen/-en werden an diesem Tag die Arbeit niederlegen, um den Forderungen der GEW in der Tarif- und Besoldungsrunde 2009 Nachdruck zu verleihen.

Dieser Warnstreik ist eine eigenständige Aktion der GEW, in der die Interessen der Beschäftigten an den Schulen hervorgehoben werden sollen. Die aktuelle Diskussion um die mögliche Verweigerung von Teilzeit von Lehrkräften zeigt sehr deutlich, dass die Beschäftigten der Schulen noch viel stärker als bisher ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern und Dienstherren artikulieren und durchsetzen müssen.

Die GEW hat am 10. 2. Warnstreiks an Schwerpunktschulen vorbereitet, an denen es eine größere Anzahl von GEW-Mitgliedern gibt, die als Beschäftigte unter den Geltungsbereich des TV-L (Tarifvertrag Länder) fallen.

Wir wissen, dass Streiks auch immer Auswirkungen auf Dritte haben. Wir wissen aber auch, dass mit noch so gut begründeten Argumenten Arbeitgeber und Politik nicht von einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Schulen zu überzeugen sind. Wir wissen auch, dass insbesondere Eltern und Schüler bessere Bedingungen in den Bildungseinrichtungen erwarten. Daher sind wir überzeugt, dass unser Streik am 10. 2. auf viel Verständnis und Unterstützung treffen wird.

Der Streik wird sicherlich zu Unterrichtsausfall und anderen Störungen führen. Da in den Schulen neben Angestellten auch Beamte arbeiten, werden auch diese von den Auswirkungen des Streiks betroffen sein. Da Streiks an Schulen bisher eher die Ausnahme waren, sind diesem Schreiben Informationen zu den rechtlichen Hintergründen von Streiks bei Lehrkräften sowie der Stellung von Beamten und Streik beigefügt.

Wir möchten Sie/Euch bitten, die Flugblätter dem Kollegium der Schule zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn Beamtinnen und Beamten immer noch das Grundrecht auf Streik verwehrt ist, so hat das Bundesverfassungsgericht 1993 höchstrichterlich festgestellt, dass sie nicht auf bestreikten Arbeitsplätzen eingesetzt werden dürfen. Die GEW geht davon aus, dass diese Rechtslage in den Schulen beachtet wird und kein Beamter/keine Beamtin auf den bestreikten Arbeitsplätzen der Angestellten zum Einsatz kommt.

Vielmehr sollten die Beamten/-innen ihre angestellten Kolleginnen und Kollegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. So sollte jede beamtete Lehrkraft mit ihrer Unterschrift

bekräftigen, dass sie/er sich nicht als „Streikbrecher/-in“ betätigt. Die GEW hat hierzu eine Unterschriftenliste diesem Schreiben beigelegt.

Weiterhin sollten Beamte gemeinsam mit den im Streik befindlichen Angestellten vor der Schule eine kurze öffentlichkeitswirksame Kundgebung durchführen, um zu zeigen, dass beide Gruppen für das gemeinsame Ziel eintreten.

Der genaue Ablauf des Streiktages am 10. 2. ist dem beigelegten Streikaufruf zu entnehmen, der bitte den Beschäftigten ihrer/eurer Schule weitergeleitet wird.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Sie/Ihr alle wisst, warum dieser Warnstreik notwendig ist:

Die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft der Länder mit ihrem Vorsitzenden Hartmut Möllring, haben den Gewerkschaften GEW, GdP, ver.di und der Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes in der 2. Verhandlungsrunde wieder kein Angebot vorgelegt. Möllring hat unsere Forderung nach einer Tarifierhöhung von 8% als „überzogen“ und „nicht in unsere Zeit passend“ zurückgewiesen. Die Arbeitgeber bekommen den Druck der Beschäftigten durch Warnstreiks in allen Bundesländern zu spüren. Daran sind Mitglieder aller DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des Beamtenbundes beteiligt.

Auch der Aktionstag und Warnstreik am 3. Februar in Hannover war beeindruckend. Neben den Angestellten haben sich Tausende Beamtinnen und Beamte daran beteiligt. Insbesondere die Polizistinnen und Polizisten in ihrer Uniform und die Lehrerinnen und Lehrer mit den GEW-Fahnen und Transparenten prägten das Bild. Wir konnten an diesem Tag auch erleben, dass gemeinsames solidarisches Handeln die Landesregierung zum Einlenken bringen kann. Kaum hatten wir angekündigt, dass wir am 3. Februar auch gegen das „Auf-Eislegen“ der über 20.000 Anträge auf Teilzeit protestieren wollen, da begann die Regierung zu laviieren und versuchte den Eindruck zu erwecken, es sei nur an einen Aufruf mit der Bitte um ein freiwilliges Aufstocken der Teilzeitarbeit gedacht. Das letzte Wort ist in dieser Sache freilich noch nicht gesprochen.

Solidarität ist unser Erfolgsrezept. Wir wollen:

- **8% mehr, mindestens 200 €**
- **zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten!**
- **die Anhebung der Referendarbezüge auf 1.600 €**
- **eine bessere Eingruppierung und Einstufung von Lehrkräften**

Das Ergebnis muss anschließend auf die Beamten übertragen werden. Das gilt auch für das im Tarifvertrag verankerte Weihnachtsgeld. Die GEW verhandelt zugleich über die Verbesserung der Eingruppierung und Einstufung von Lehrkräften. Wir müssen unseren Beruf für den Nachwuchs attraktiv machen im Interesse aller Beschäftigten. Ohne bessere Einkommen für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte gelingt das aber nicht.

Wir hoffen auf euer/ihr Verständnis und Unterstützung für unser Anliegen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

**Eberhard Brandt**

**Rüdiger Heitefaut**

Anlagen: Aufruf zum Warnstreik 10. 2. 2009

Informationen zum Streikrecht von Lehrkräften

Beamte und Streik, Unterschriftenliste „Wir nicht“

Personalräte und Streiks